

Erinnerung am Ort der Tat Außenlager des KZ Neuengamme

Erinnerungen sind eng mit der Standortgebundenheit des Blicks und dem Wissen verwoben, mit dem hingesehen und -gehört werden kann: Ich wuchs in Blumenthal, einem von der Werft- und der Textilindustrie geprägten Vorort von Bremen auf. In meiner Jugend verbrachte ich viel Zeit damit, in einer Grünanlage direkt an der Weser Fußball zu spielen. 1985 wurde in einem Rosengarten im höhergelegenen Teil der Anlage eine Gedenktafel enthüllt. Die Tafel verrät, dass sich auf dem Gelände einst ein KZ-Außenlager befunden hatte. Erst nach und nach, durch Befragungen von Familienangehörigen, erfuhr ich von der Geschichte des Ortes: Im Herbst 1944 war dort ein KZ-Außenlager errichtet worden. Die Häftlinge wurden für Arbeiten der Werft Deschimag AG Weser auf dem Gelände der Bremer Wollkammerei zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die Geschichte bildete den Anlass für lange Gespräche, aber auch Auseinandersetzungen mit meiner Großmutter, die bei der Wollkammerei gearbeitet und in einem Haus mit Blick auf das Außenlager gewohnt hatte.

Die Geschichte erscheint mir in mehrerer Hinsicht bedeutsam: Ein Blickwechsel auf den Ort wurde erst durch die lokalen Initiativen möglich, die die nationalsozialistischen Verbrechen markierten und der lokalen Amnesie entzogen. Erinnerung und Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit erhielten für mich und andere Relevanz, weil die Orte der Verbrechen innerhalb des sozialen Nutzungs- und Wissensraums „sichtbar“ wurden. Im Falle Bremen-Blumenthal war es der Antifaschistische Arbeitskreis des Bürgerhauses Vegesack, der für die Anbringung der Tafel sorgte. Es zeigt sich, dass es bedeutsam sein kann, gerade die NS-Geschichte in Deutschland am konkreten, „authentischen“ Ort zu erinnern.¹ Eine Erinnerung, „vor Ort“ erschwert

1 Mit „authentischem“ Ort ist hier gemeint, dass es sich um physisch jenen Ort handelt, an dem sich vormals ein Außenlager befand. In Bremen-Blumenthal existierten keine historischen Überreste mehr, die in irgendeiner Form auf die Existenz eines KZ-Außenlagers verwiesen. Wichtig war in diesem Fall nur das Wissen, dass sich das Lager genau dort befunden und meine Großeltern in der unmittelbaren Nachbarschaft gewohnt hatten. Die Bedeutung der Verortung der Tat liegt in der Herstellung der Verbindung zur Umgebung und zur deutschen Tätergesellschaft. Eine andere, komplexere Frage ist, ob es pädagogisch und erinnerungspolitisch sinnvoll

erheblich, die Täter als „Ungeheuer“ oder wenige Verirrte um Hitler abzuhebeln und die einem selbst bekannten Vertreter der in der NS Zeit bereits erwachsenen, insbesondere aus der eigenen Familie, als Opfer oder Widerstandskämpfer zu begreifen, auch wenn diese Möglichkeit der Geschichtsbedeutung auch bei vertieftem Wissen über die lokalen Geschehnisse nach wie vor bestehen bleibt.² Die lokalen Gedenkstätten ermöglichen eine Lokalisierung der Verbrechen in konkreter Form und führen auch zur Individualisierung sowohl der Täter wie der Opfer.³

Im Folgenden soll die Geschichte, wie die Orte ehemaliger Außenlager des KZ Neuengamme markiert wurden und erinnerungspolitische Bedeutung erlangten, nachgezeichnet werden. Gefragt wird, was die Entwicklung von „Verbergen“ und „Vergessen“ zu „Zeigen“ und „Erinnern“ über den Umgang mit der NS-Vergangenheit aussagen kann. Der Umgang mit den ehemaligen Außenlagern verweist in diesem Sinne auf die „Vergangenheitsbewältigung“ an lokalen Stätten. Die innerhalb der politischen Prozesse ausgetragenen Konflikte drängen nur bedingt auf die nationale Ebene vor. Sie waren allerdings keineswegs unabhängig von den nationalen Diskursen der Bundesrepublik und der DDR. Sie zeigen im Regelfall eher, wie der nationale Diskurs vor Ort umgesetzt wurde. Dabei bestanden jedoch erhebliche Spielräume in der Ausgestaltung vor Ort. Die Auseinandersetzungen um das „angemessene Erinnern vor Ort“ offenbart

ist, Überreste ehemaliger Außenlager als „authentisch“ zu kategorisieren und ggf. auratisch aufzuladen. Vgl. zur Diskussion: Detlef Hoffmann, Authentische Erinnerungsorte oder: Von der Sehnsucht nach Echtheit und Erlebnis, in: Hans Rudolf Meier/Marion Wohlleben (Hrsg.), Bauten und Orte als Träger von Erinnerung. Die Erinnerungsdebatte und die Denkmalpflege, Zürich 2000, S. 31–45; ders., „Authentische Orte“. Zur Konjunktur eines problematischen Begriffs in der Gedenkstättenarbeit, in: Gedenkstätten Rundbrief Nr. 110, 12/2002, S. 3–17; Gottfried Korff/Martin Roth, Einleitung, in: dies., Das historische Museum. Labor, Schaubühne, Identitätsfabrik, Frankfurt a. M./New York 1990, S. 1–18; sowie die Aufsätze von Wolfgang Benz, Insa Eschebach, Andreas Ehresman und Jörg Skribeleit, in: Petra Fank/Stefan Hördler (Hrsg.), Der Nationalsozialismus im Spiegel des öffentlichen Gedächtnisses. Formen der Aufarbeitung und des Gedenkens, Berlin 2005.

2 Zur Umdeutung der Täter-Generation zu Widerstandskämpfern und Opfern durch ihre Enkel: Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall, „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2002.

3 Vgl. dazu u. a.: Wolfgang Benz, Braucht Deutschland ein Holocaust Museum? Gedenkstätten und öffentliche Erinnerung, in: Dachauer Hefte 11 (1995), S. 3–10; Hermann Langhein, Zur Funktion von KZ-Gedenkstätten. Plädoyer eines Überlebenden, in: ebenda, S. 11–18; Habbo Knoch, Zwischen den Zeiten. Gedenken an historischen Orten der NS-Verbrechen (Festvortrag aus Anlass des 15-jährigen Bestehens der Dokumentations- und Gedenkstätte Sandbostel e. V. am 12. 1. 2007 in Bremervörde), in: <http://gedenktaette-sandbostel.de/Knoch%20-%20Vortrag%20Sandbostel%201-2007.pdf> (10. 6. 2008).

demnach viel über das kollektive Gedächtnis in Deutschland und den Streit um die Gedenkstätten und Mahnmale.⁴

Die Außenlager des KZ Neuengamme

Das Konzentrationslager Neuengamme entstand 1938 als Außenlager des KZ Sachsenhausen im Südosten der Stadt Hamburg. Es sollte zum einen als zentrales Einweisungslager für den norddeutschen Raum dienen und zum anderen durch die Klinkerproduktion einen Beitrag zum Ausbau Hamburgs zur „Führerstadt“ leisten. 1940 wurde Neuengamme von Himmler zum selbständigen Hauptlager erklärt.⁵ Erste Außenlager bei Industriebetrieben entstanden im Herbst 1942 bei den Phrix-Werken in Wittenberge und bei den Hermann-Göring-Werken in Salzgitter. Der massive Ausbau des Außenlagersystems erfolgte erst in der zweiten Jahreshälfte 1944. Ende des Jahres 1944 zog sich ein Netz von Außenlagern über den norddeutschen Raum. Von Juni bis November 1944 war die Belegung der Außenlager des KZ Neuengamme von etwa 9000 auf etwa 45 000 Häftlinge angestiegen. Damit zeigt sich auch die gestiegene Bedeutung der Außenlager gegenüber dem Hauptlager, in dem sich selten mehr als 13 000 Häftlinge befanden. Insgesamt existierten 86 Außenlager des KZ Neuengamme.⁶

Der Umgang mit dem Hauptlager Neuengamme nach Kriegsende

Nachdem die britische Verwaltung das ab 1945 als DP Camp genutzte Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme 1948 an die Stadt Hamburg gab, riss diese sofort Teile der Baracken ab und errichtete auf dem Gelände eine Justizvollzugsanstalt. Der Ort des Verbrechens wurde so weitgehend unsichtbar gemacht und verschwand zunehmend aus dem Gedächtnis der Hamburger. Ab 1951 bemühten sich ehemalige Häftlinge um die Einrichtung einer Gedenkstätte. Nach zweijährigem Kampf genehmigte der Hamburger Senat eine Säule zur Erinnerung an die Opfer des Konzentrationslagers, deren Inschrift „Den Opfern 1938–1945“

4 Vgl. Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München 1995.

5 Vgl. Hermann Kaienburg, „Vernichtung durch Arbeit“. Der Fall Neuengamme, Bonn 1990.

6 Zu den Neuenammer Außenlagern vgl. Marc Buggeln, Arbeit und Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Phil. Diss., Bremen 2008; Hans Ellger, Zwangsarbeit und weibliche Überlebensstrategien. Die Geschichte der Frauenaußenlager des Konzentrationslagers Neuengamme 1944/45, Berlin 2007; Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 5, München 2006, S. 347–555.

über jeden Bezug zum Konzentrationslager vermißt. Erst nach neuerlichen Protesten des 1958 gegründeten internationalen Verbandes ehemaliger Häftlinge des KZ Neuengamme (*Amicale International de Neuengamme*) ergänzte der Hamburger Senat die Säule durch einen Kubus mit einer Inschrift, die an das Konzentrationslager erinnerte. 1965 entstand ein Gedenkort, dessen Zentrum achtzehn Metallplatten bilden, die an die Opfer verschiedener Nationen erinnerten. Erst 1981 kam es jedoch zur Eröffnung eines Dokumentenhauses, in dem dann – 36 Jahre nach Kriegsende – zum ersten Mal eine Ausstellung über das Lager am Ort des Geschehens gezeigt werden konnte.⁷

Die Erinnerung an Orten der Außenlager des KZ Neuengamme: Die frühe Nachkriegszeit

Noch später begannen Initiativen an vielen Orten in Norddeutschland, an denen sich vormals KZ-Außenlager befunden hatten, damit, die Ereignisse des Nationalsozialismus in Erinnerung zu rufen. Von den 86 Außenlagern befanden sich 77 auf westdeutschem Gebiet und neun auf dem Territorium der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.⁸ Insgesamt errichtete man in der frühen Nachkriegszeit, sowohl auf dem Gebiet der Bundesrepublik wie auf dem Gebiet der DDR, Erinnerungsstätten vor allem an den Orten, an denen KZ-Häftlinge beerdigt wurden und kaum an den Orten der Außenlager selbst. So wurden in der DDR zwar mehrere Gedenkkorte geschaffen, an denen Häftlinge der Cap-Arcona-Katastrophe beerdigt worden waren, während sich beispielsweise am Ort des am längsten existierenden Außenlagers des KZ Neuengamme in Wittenberge bis heute keinerlei Hinweis auf die Existenz des Lagers findet. Ähnlich war die Entwicklung in Westdeutschland. Die Städte Hamburg, Bremen und Hannover, in denen sich jeweils mehrere Außenlager befunden hatten, richteten z. B. jeweils auf einem Friedhof Ende der 40er-/Anfang der 50er-Jahre eine Anlage zum Gedenken an die KZ-Opfer ein. Bis in die 70er-Jahre war aber an keinem einzigen Standort eines Außenlagers in diesen Städten eine Hinweistafel zu finden. Insbesondere in den beiden Hansestädten Bremen und Hamburg kann eine massive Verdrängung der Beteiligung der Städte an nationalsozialistischen

7 Vgl. Insa Eschbach, Das Konzentrationslager Neuengamme im Gedächtnis der frühen Nachkriegszeit, in: Dachauer Hefte 19 (2003), S. 71–88; Detlef Garbe, Ein schwieriges Erbe. Hamburg und das ehemalige Konzentrationslager Neuengamme, in: Peter Reichel (Hrsg.), Das Gedächtnis der Stadt. Hamburg im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit, Hamburg 1997, S. 113–134; Ute Wrocklage, Neuengamme, in: Detlef Hoffmann (Hrsg.), Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmal 1945–1995, Frankfurt a. M. 1997, S. 174–205.

8 Vgl. detaillierter zur Verteilung der Orte der Außenlager auf einzelne Bundesländer: Detlef Garbe, Außenlager als Orte der Erinnerung. Das Beispiel Neuengamme, in: Dachauer Hefte 15 (1999), S. 240–254, hier S. 242.

Verbrechen konstatiert werden, z. T. bis in die siebziger und achtziger Jahre hinein. Beide Städte gerieten sich als „Städte des Welthandels“ und der „Weltoffenheit“, die dem Nationalsozialismus immer feindlich gegenüberstanden hätten. Diese Haltung lässt sich sehr gut anhand einer Urteilsbegründung eines Bremer Richters in einem Entnazifizierungsverfahren gegen einen Bremer Industriellen im Jahr 1949 veranschaulichen: „Das ‚Heil‘ des Nationalsozialismus kam von Bayern. Von da aus breitete sich der Hitlerismus allmählich vordringend aus und gelangte schließlich auch nach Norddeutschland. Hier stieß er in Bremen auf eine Bastion frei gesinnter Bürger, die, Gegner jeden Zwangs, gewohnt waren, über das Meer in die Welt zu schauen, und die darum wussten, dass die Völker nicht für sich, sondern nur in einer Volkergemeinschaft leben können. Es ist natürlich, dass die ‚neue Lehre‘ bei so gesinnten Bürgern keinen Widerhall fand. [...] So kann als notorisch feststehend angesehen werden, dass der Nationalsozialismus den Bremer Hanseaten gegen ihren Willen aufgezwungen worden ist.“⁹

Sowohl in Bremen wie in Hamburg konnte sich diese Haltung auch deswegen durchsetzen, weil die lokalen Orte der größten Verbrechen (in Hamburg das KZ Neuengamme, in Bremen das Bauprojekt U-Boot-Bunker „Valentin“) weit außerhalb der Stadt lagen und nach Kriegsende auch deshalb schnell dem Vergessen anheim fielen. Politiker und Verantwortliche mussten sie nicht sehen. In Bremen fand zudem die Beisetzung der Opfer des Bauprojektes auf dem 35 km entfernten Osterholzer Friedhof statt, wo eine eher allgemein gehaltene Tafel der Opfer gedachte.

Auch an anderen Orten, an denen Häftlinge der Außenlager des KZ Neuengamme begraben lagen, wurde dieser in den frühen Nachkriegsjahren mit Tafeln gedacht, die das den Opfern widerfahrne Leid eher verschleierte. So lautet beispielsweise die Inschrift für die bei einem Todesmarsch umgekommenen KZ-Häftlinge auf einem Friedhof in Soltau: „Nur Gott der Herr kennt ihre Namen. 269 unbekannte Menschen sind hier beigesetzt. Sie erlitten der Tod in den letzten Tagen des Krieges.“ Neben der religiösen Einfassung wurden nur die Anzahl der gestorbenen Menschen und der Zeitpunkt ihres Todes benannt. Wer die Opfer waren und warum oder wie sie starben, bleibt völlig im Unklaren. Die 1950 angebrachte Inschrift auf dem Friedhof Flensburg für ebenfalls bei einem Todesmarsch umgekommene Häftlinge gilt: „Den namenlosen Opfern in Ehrfurcht und Gedenken 1933–1945“. Hier verweisen ausschließlich die Jahreszahlen auf den Herrschaftszeitraum des Nationalsozialismus und ermöglichen immerhin eine Assoziation, dass es sich in irgendeiner Form um NS-Opfer handelte. Auf dem Friedhof in Bad Sassendorf, auf dem unter anderem Häftlinge der 11. SS-Eisenbahn-Baubrigade bestattet liegen, lautet die Grabinschrift:

9 Urteilsbegründung vom 18. 7. 1946 im Entnazifizierungsverfahren gegen Friedrich Hopf, in: Staatsarchiv Bremen (StAB), 4, 66 I, Akte Hopf. Ich danke Marcus Meyer für den Hinweis auf das Dokument.

Hier ruhen 95 Bürger verschiedener Nationen, die in der schweren Zeit von 1941–1945 fern ihrer Heimat starben.¹⁰ Auch hier deutet lediglich die Benennung des Zeitraumes auf den Nationalsozialismus hin. Hinzukommt immerhin der Hinweis darauf, dass Bürger unterschiedlicher Nationen zu Tode kamen, wodurch die Assoziation von Zwangsarbeit ermöglicht wird.

Insgesamt ist bei der Interpretation der Friedhofstafeln zu beachten, dass diese sich zum einen an religiösen Traditionen, vor allem christlichen und zum Teil jüdischen, und zweitens an den Texten der Krieger- und Ehrendenkmäler in Deutschland seit 1870/71 orientierten.¹¹ Ulrike Haß hat darauf hingewiesen, dass in der Tendenz Mahmalinschriften, die an NS-Verbrechen erinnern, bis weit in die siebziger Jahre in der Bundesrepublik sehr allgemein gehalten wurden und kaum Informationen über das jeweilige Verbrechen enthielten. Erst danach habe sich zunehmend eine detaillierte Beschreibung der Verbrechen auf den Gedenktafeln durchgesetzt.¹² Diese Feststellung kann anhand der Mahmaltexte an Orten ehemaliger Außenlager des KZ Neuengamme bestätigt werden. Ein weiterer wichtiger Grund für den zunehmend detaillierteren Informationsgehalt besteht darin, dass die Gedenktafeln nun an den Orten der Außenlager oder der Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge errichtet wurden und nicht mehr auf Friedhöfen.

In der DDR herrschte in den frühen Nachkriegsjahren eine weniger an religiösen Traditionen und Kriegerdenkmälern orientierte Mahmalkultur. Dadurch findet sich auf der Mehrzahl der Gedenktafeln zumindest der Hinweis, dass es sich bei den Opfern um KZ-Häftlinge handelte.¹³ Allerdings fand gleichzeitig häufig die zumindest symbolische Reduzierung der KZ-Häftlinge auf politische Häftlinge statt, indem ausschließlich der rote Winkel als Symbol für das Mahnmal genutzt wurde. Eine noch stärkere, auch schriftliche Reduzierung findet sich bei einem Gedenkstein, der für etwa 100 verstorbene Häftlinge des Außenlagers Helmstedt-Beendorf 1958 errichtet wurde. Die Inschrift dort lautet: „Die ermordeten Antifaschisten mahnen – Kampf gegen Faschismus und Krieg.“¹⁴ Hier wurden alle KZ-Häftlinge zu Antifaschisten geadelt und es wird ihnen eine gemeinsame Botschaft in den Mund gelegt. Der Hinweis, dass es sich um Opfer eines KZ handelte, fehlt hier ebenso wie die Information, dass die Mehrzahl der Opfer nicht Deutsche waren. Ähnliche Entkontextualisierungen und politische Vereindeutigungen hat jüngst auch Alexandra Klei für die

10 Die drei Grabinschriften finden sich in: Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V. (Hrsg.), „Euer Leiden, Euer Kampf und Euer Tod sollen nicht vergebens sein!“ Gedenkstätten für die Opfer des KZ Neuengamme und seiner Außenlager, Hamburg 2000, S. 189, 205 und 227.

11 Vgl. Ulrike Haß, Mahmaltexte 1945 bis 1988. Annäherung an eine schwierige Textsorte, in: Dachauer Hefte 6 (1990), S. 135–159.

12 Ebenda, insb. S. 157 f.

13 Vgl. für die Außenlager des KZ Neuengamme: Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e. V. (Hrsg.), „Euer Leiden“, S. 107–128 und 215–226.

14 Ebenda, S. 215.

frühen Erinnerungsstätten an Orten ehemaliger Außenlager des KZ Ravensbrück herausgearbeitet.¹⁵

James E. Young hat anhand des Beispiels des Cap-Arcona-Denkmal darü- hingewiesen, dass „die Schöpfer von Denkmälern die Ereignisse grundsätz- lich und unweigerlich rekonstruieren müssen; und das bedeutet, dass ihre Texte eben nicht nur die tatsächlichen Ereignisse, die sie vor dem Vergessen bewahren wollen, sondern mindestens im gleichen Maße ihre eigenen Interpretationen und Erfahrungen reflektieren.“¹⁶ Dieser Beobachtung ist sicher zuzustimmen und gerade dies macht die Analyse der Mahmaltexte zu einem fruchtbaren Feld für die Geschichte der Bundesrepublik wie der DDR.

Eine besonders frühe Initiative: Das Außenlager Ladelund und die Verbindungen zwischen den Gemeinden Ladelund und Putten

Während die Mehrzahl der Städte und Gemeinden sich bis weit in die siebziger Jahre im Regelfall darum bemühte, die Existenz von KZ-Außenlagern innerhalb ihres Umfelds zu vergessen, gab es bei einem Außenlager des KZ Neuenengamme eine beachtenswerte Ausnahme. In der kleinen schleswig-holsteinischen Gemeinde Ladelund wurde im Herbst 1944 ein KZ-Außenlager mit etwa 2000 Häftlingen errichtet, die zum Bau von Panzergräben gezwungen wurden. Innerhalb der dreimonatigen Bestehenszeit starben hier 301 Häftlinge.¹⁷ Die SS ließ die Toten in Massengräbern auf dem Friedhof verscharren. Dem Gemeindepastor Johannes Meyer gelang es, für die Ausstellung der Totenscheine die vollständigen Namen der Verstorbenen zu erhalten.¹⁸

Nach Kriegsende begann Pastor Meyer Schreiben an die Hinterbliebenen der Opfer zu richten und diese über das Schicksal ihrer Verwandten zu unterrichten. In einem Brief vom Mai 1946 bekannte er auch seine eigene, wenn auch sehr indirekte Beteiligung am Geschehen: „Durch das Verschulden des Volkes, dem ich angehöre, ist das Leid über Sie gekommen.“¹⁹ Dabei orientierte sich

15 Vgl. Alexandra Klei, Gestalt der Erinnerung, Gedenkstätten an Orten ehemaliger Außenlager des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück, Berlin 2006. Zum Teil mit ähnlicher Interpretation: Stefanie Endlich, Gedenkstätten und -orte für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg, Berlin 2007.

16 James E. Young, Beschreiben des Holocausts, Darstellung und Folgen der Interpretation, Frankfurt a. M. 1997, S. 282.

17 Weitere Häftlinge verstarben bei Transporten oder im Hauptlager Neuenengamme bzw. Bergen-Belsen, wohin die kranken Häftlinge des Außenlagers gebracht wurden.

18 Vgl. Konzentrationslager Ladelund 1944, Wissenschaftliche Dauerausstellung in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, 2. Auflage, Ladelund 1995; Marc Buggeln, Ladelund, in: Benz/Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors, Band 5, S. 467–470.

19 Schreiben von Pfarrer Meyer an Angehörige der Verstorbenen vom 29. 5. 1946, im Archiv der Kirchengemeinde Ladelund (AKL).

Meyer stark an der Stuttgarter Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 19. Oktober 1945.²⁰ In der Folge entwickelte sich mit einigen Hinterbliebenen ein reger Briefwechsel. Parallel bemühte sich Meyer um die Errichtung einer angemessenen Beerdigungsstätte für die Opfer.

In Ladelund stammte eine größere Zahl der Opfer aus derselben Gemeinde: dem niederländischen Putten. Diese Besonderheit entstand dadurch, dass am 1. Oktober 1944 eine niederländische Widerstandsgruppe in der Nähe des Ortes ein Wehrmachtstfahrzeug beschossen hatte. Als Repressalie ließ der Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden, General Friedrich Christiansen, das Dorf niederbrennen und alle männlichen Einwohner in ein KZ einweisen. Mehr als fünfhundert Männer aus Putten starben im KZ-System Neuenengamme, 110 davon im Außenlager Ladelund.²¹

1950 besuchten 130 Gäste aus Putten, die Mehrzahl von ihnen Angehörige von Verstorbenen, Ladelund. Sie übernachteten während ihres Aufenthalts aber in Dänemark. Kurz zuvor war nach einer Erweiterung des Friedhofs eine Grabanlage für die KZ-Opfer errichtet worden. Im Mittelpunkt steht ein Kreuz mit dem Bibelzitat: „Diese sind, die gekommen sind aus großer Trübsal.“ Daneben werden auf drei großen Sockeln die Namen der Toten und ihre Geburts- und Sterbedaten aufgeführt. 1951 lud die Gemeinde Putten Pastor Meyer ebenfalls zu einem Besuch ein. Er predigte dort in deutscher Sprache in der Kirche, in der die Männer des Ortes 1944 kurz vor ihrer Verschleppung zusammengelassen waren. Der Besuch fand in der niederländischen Presse größere Aufmerksamkeit.²²

In den folgenden Jahren entwickelte sich eine rege Partnerschaft zwischen den Gemeinden Ladelund und Putten, die zu Besuchen größerer Gruppen führte. Der Austausch ergab, dass ein zunehmend größerer Teil der Bewohner Ladelunds sich mit den NS-Verbrechen auseinandersetzte.²³ Dies hatte unter anderem zur Folge, dass die Gemeinde Ladelund sich mehrfach an Protesten gegen die Benennung einer Straße auf der Insel Föhr nach General Christiansen im Jahr 1951 beteiligte. Erfolgreich waren diese Proteste jedoch erst im Jahr 1980.²⁴ Parallel führten Schülergruppen auch Besuchsreisen zu KZ-Überlebenden

20 Vgl. Jörn-Peter Leppien, „Das waren keine Menschen mehr ...“ Aus der Chronik der Kirchengemeinde. Pastor Johannes Meyer über das Konzentrationslager Ladelund. Eine quellenkritische Studie, in: Grenzlandhefte 3 (1983), S. 143–185.

21 Vgl. Madelon de Keizer, Razzia in Putten. Verbrechen der Wehrmacht in einem niederländischen Dorf, Köln 2001.

22 Vgl. Bericht der Amsterdamer Tageszeitung „Trouw“ vom 26. 4. 1951, AKL.

23 Vgl. Harald Richter, „Wir haben das Selbstverständliche getan“: Ein Außenlager des KZ Neuenengamme bei uns in Ladelund, Gräber auf unserem Friedhof und Erfahrungen für die wir dankbar sind, in: Detlef Garbe (Hrsg.), Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, Bornheim-Merzen 1983, S. 121–144. Pastor Harald Richter wurde 1958 Nachfolger des verstorbenen Pastor Meyer und war wesentlich an der Entwicklung der Besuchsreisen beteiligt.

24 Vgl. KZ Ladelund, S. 36 f.

bzw. deren Angehörigen in Dänemark und Polen durch.²⁵ Im Jahr 1990 wurde schließlich in Sichtweite des Gräberfeldes ein Dokumentenhaus errichtet, das auch eine Dauerausstellung zum KZ-Außenlager beherbergt. Die Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ist bis heute die einzige deutsche NS-Gedenkstätte in kirchlicher Trägerschaft.

Mit Perspektive auf die politische Orientierung des Ortes ist es überaus überraschend, dass sich gerade in Ladelund diese rege und frühe Auseinandersetzung mit dem KZ-Außenlager entwickelt hat: In der Gemeinde Ladelund wählten bereits im Jahr 1932 bei den Reichstagswahlen über 50 % die NSDAP. Pastor Meyer war Träger des goldenen Parteiabzeichens. Eine mögliche Erklärung für das frühe, große Engagement kann in dem großen Ausmaß des Verbrechens direkt vor Ort gesucht werden. Die Gewalttaten und ihre tödlichen Folgen waren innerhalb einer kleinen Gemeinde wie Ladelund nicht zu übersehen. Doch viele Beispiele anderer Außenlager zeigen, dass kleine Gemeinden nach 1945 in der Lage waren, die Erinnerung an KZ-Außenlager und Massengräber zu verdrängen. Es liegt deshalb näher, die Bereitschaft zur Erinnerung in Ladelund nach Kriegsende als Ausdruck individueller Einsicht in eigene Schuld durch Pastor Meyer zu erklären.

Die erinnerungspolitische Wende Anfang der achtziger Jahre: Das Beispiel Bremen

Bis Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre gab es mit Ausnahme von Ladelund kaum lokale Initiativen, die sich mit KZ-Außenlagern beschäftigten. Das Gedenken an den Orten beschränkte sich im Wesentlichen auf die Pelri-nages (Wallfahrten) der Amicale Internationale de Neungamme und Aktivitäten der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA). Ende der siebziger Jahre vollzog sich ein Paradigmenwechsel in der Geschichtsschreibung, der sich von der strukturalistischen Sozialgeschichte absetzte und die Alltagsgeschichte mit Blick auf bisher vernachlässigte Akteure und ihre Erfahrungen in den Mittelpunkt stellte. Begleitet und initiiert wurde dieser Wechsel auch von den Geschichtswerkstätten. Diese interessierten sich an vielen Orten für die bis dahin häufig weitgehend in Vergessenheit geratene lokale NS-Geschichte. Dabei rückten auch die KZ-Außenlager in das Zentrum des Interesses. Unterstützung erhielten die Initiativen oft von den lokalen Vertretern der SPD wie der Grünen, während FDP und CDU vielerorts gegen die Errichtung von Mahnmalen stimmten.²⁶ Der Wandel erfolgte mitunter langsam

25 Vgl. Oliver Schultz, Wenn Zahlen zu Gesichtern werden. Spurensuche nach Angehörigen von Ladelunder Opfern in Polen, Flensburg 1994.

26 Diese Positionierung hat sich in den folgenden Jahren mitunter gewandelt, sodass an einzelnen Orten inzwischen auch Mahnmale durch Initiativen von CDU oder FDP errichtet wurden. Vgl. Garbe, Außenlager als Orte der Erinnerung, S. 251.

und schrittweise. Er soll im Folgenden am Beispiel des Umganges mit den KZ-Außenlagern in der Stadt Bremen untersucht werden. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung standen dabei weniger die Lagergelände, sondern einer der beiden U-Boot-Bunker, die durch die Zwangsarbeit der KZ-Häftlinge errichtet wurden.²⁷

Der riesige U-Boot-Bunker „Valentin“ wurde 1944/45 mit einer Länge von 26m und einer Breite von 97m im äußersten Bremer Norden in Farge-Rekum direkt an der Weser errichtet. Insgesamt waren für den Bau etwa 10 000 ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge eingesetzt.²⁸ Zuständig für die militärisch bedeutsamen U-Boot-Bunker in Bremen war in der unmittelbaren Nachkriegszeit die US-Militärregierung, die die Entwaffnung Deutschlands in ihrer Besatzungszone vorantrieb. Die bauleitenden deutschen Ingenieure waren stolz, als die Amerikaner, die nach Kriegsende den Bunker „Valentin“ besichtigten, sich stark beeindruckt von der Bauleistung zeigten. Die Amerikaner verlangten den Abriss bzw. die Sprengung des Gebäudes. Die Berechnungen ergaben jedoch, dass eine Sprengung des gesamten Gebäudes nicht möglich war, weil große Teile des Ortes in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Aus diesem Grund wurden nur das Tauchbecken und die Ausfahrtschleuse zerstört. Die komplette Zerstörung blieb zwar weiterhin das Ziel, geriet aber vorerst in Vergessenheit. Erst als eine militärische Überprüfungsmission den Bunker 1948 erneut inspizierte und feststellte, dass das Gebäude weitgehend intakt war, wurde wieder über die Zerstörung debattiert.

Inzwischen existierten bereits wieder politische Gremien in Bremen, die beanspruchten, bei der Entscheidung mitzusprechen. Dabei war die Haltung der bremischen Politik und der Öffentlichkeit zu Beginn der Diskussion keineswegs eindeutig. Die Bürger von Farge und Teile der bremischen Regierung planten den Bunker mit Trümmerschutt zuzuschütten.²⁹ Ein anderer Plan sah vor, den Bunker unter einem Sandberg verschwinden zu lassen und ein Kaffeehaus auf

27 Der zweite, kleinere U-Boot-Bunker mit dem Tarnnamen „Hornisse“ wurde 1944/45 auf dem Gelände der Werft Deschimag AG, die zu dem Zeitpunkt zum Krupp-Konzern gehörte, errichtet. Seine Nachkriegsgeschichte ähnelt in mehrerer Hinsicht der des U-Boot-Bunkers „Valentin“, allerdings war das Aufmerksamkeitsniveau des Bunkers „Hornisse“ aufgrund seiner geringeren Größe insgesamt deutlich geringer. Vgl. Eike Hemmer/Robert Milbradt, Bunker „Hornisse“. KZ-Häftlinge in Bremen und die U-Boot-Werft der „AG Weser“ 1944/45, Bremen 2005.

28 Zur Geschichte des Bunkerbaus: Barbara Jöhr/Hartmut Roder, Der Bunker. Ein Beispiel nationalsozialistischen Wahns. Bremen-Farge 1943–1945, Bremen 1989; Rainer Christochowitz, Die U-Boot-Bunkerwerft „Valentin“. Der U-Boot-Sektionsbau, die Betonbautechnik und der menschenunwürdige Einsatz von 1943 bis 1945, Bremen 2000 und Marc Buggehn, Das Außenlagernsystem des KZ Neungamme, in: Sabine Moller/Miriam Rürup/Christel Trouvé (Hrsg.), Abgeschlossene Kapitel? Zur Geschichte der Konzentrationslager und der NS-Prozesse, Tübingen 2002, S. 15–27.

29 Nordsee Zeitung vom 10. 6. 1949.

dem Berg zu errichten. Solche Ideen wurden allerdings durch den inzwischen zum Hafendirektor aufgestiegenen Architekten der U-Boot-Bunker, Prof. Arnold Agatz, bekämpft.³⁰ Er wollte mit aller Macht, dass „sein“ Bauwerk stehen blieb und war letztlich erfolgreich.³¹ Die Pläne, den Bunker physisch verschwinden zu lassen waren am Stolz seines Erbauers gescheitert.

Während dieser Zeit testeten die britische und die amerikanische Luftwaffe die Durchschlagskraft neuer raketengetriebener Bomben am Bunker. Diese Versuche stießen auf immer heftigere Beschwerden der Anwohner, die mehrfach Petitionen gegen die sich steigernde Wucht der Einschläge einreichten. Trotz mehrfachen Vorsprechens von Senatsvertretern sagte der amerikanische Hohe Kommissar für Deutschland, John McCloy, aber erst in einem Gespräch mit dem Senatspräsidenten im November 1950 die Einstellung der Bombardierungen zu.³² Die Verwaltung des Bunkers war zu diesem Zeitpunkt schon an den Oberfinanzpräsidenten in Bremen übergegangen. Fortan zeigte das Land Bremen großes Interesse daran, den Bunker für eine wirtschaftliche Nutzung zu erschließen. Der leerstehende Bunker wurde in dieser Phase zur Projektionsfläche vielfältiger Phantasien, die die junge Bundesrepublik in den 50er Jahren antrieben. Nach einer kurzen Zeit des Innehaltens Ende der vierziger Jahre, in der man die Überreste des Nationalsozialismus lieber verschwinden lassen wollte, war man schon nach wenigen Jahren wieder der Zukunft zugewandt und bereit den Bunker von seinen Schattenseiten zu befreien und in den Dienst neuer Träume zu stellen. Die Rede vom Bunker als „Achtem Weltwunder“³³ wurde popularisiert. Im Zentrum der Phantasien stand die neue architektonisch-industrielle Ikone der fünfziger Jahre, der Atomreaktor. Schon 1952 verkündete der Senator für Wirtschaft, dass man prüfen lasse, ob nicht gleich mehrere Atomreaktoren im Bunker untergebracht werden könnten.³⁴ Trotz eines negativen Gutachtens blieben die Pläne bis 1957 im Gespräch.³⁵ Schließlich kursierte sogar die Vorstellung, im Bunker Atomwaffen zu lagern.³⁶ Neben atomar-industriellen Phantasien befügelte der Bunker aber auch die Ideen der entstehenden Freizeitgesellschaft: Der Bunker sollte zum Sportboothafen umgerüstet werden. Es gab auch Planungen, den Bunker als Lagerraum für Getreide oder Kunststünger zu nutzen.

30 Zu Agatz vgl. die unkritische biografische Skizze von Karl Löbe, Ein erfülltes Ingenieurlieben. Arnold Agatz 85 Jahre, in: Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 20 (1976), S. 87–131.

31 Schreiben von Baudirektor Tippel an das Ortsamt Blumenthal vom 22. 6. 1949, StAB, 4,29/1-963.

32 Auszug aus einem Protokoll über die Besprechung mit der Landeskommission am 9. 11. 1950, ebenda.

33 Weser-Kurier vom 13. 10. 1955.

34 Vgl. Weser-Kurier vom 15. 6. 1952.

35 Vgl. Weser-Kurier vom 11. 4. 1957.

36 Vgl. Norddeutsche vom 15. 6. 1957.

Die unterschiedlichen Pläne wurden im Oktober 1960 durch die Zuteilung der Bundeswehr, im Bunker ein Marinematerialdepot zu errichten, beendet. Die Bundeswehr renovierte die vordere Hälfte des Bunkers für etwa fünf Millionen Mark und der Bunker ging vom Land an den Bundesfokus über. Schon Ende 1960 verhinderte die Bundeswehr daraufhin, dass Radio Bremen Bilder des Bunkers veröffentlichte. Der Bunker wurde fünfzehn Jahre nach Kriegsende wieder zum Rüstungsgeheimnis und aus Landkarten und Luftfotos wegetuscht. Er verschwand zunehmend aus dem Gedächtnis einer breiteren Öffentlichkeit. Der Bevölkerung vor Ort war diese Entwicklung vermutlich mehr als recht. Sie hatte sich zu großen Teilen von dem Ziel, den Bunker verschwinden zu lassen und aus ihrer Erinnerung zu tilgen, nie verabschiedet. Der Bunker verschwand zwar nicht wie erwünscht unter einem heißen Sand, aber die Bundeswehr bemühte sich, ihn soweit als möglich unsichtbar zu machen. Und sie ermöglichte der Bevölkerung eine Umbenennung, die nur noch auf die jetzige Benutzung Bezug nahm und die schreckliche Vergangenheit verblässen ließ: Der U-Boot-Bunker „Valentin“ wurde zum „Marinematerialdepot“.

Erst mit dem Aufkommen der Geschichtswerkstättenbewegung wurde „der Koloss an der Weser“ wieder sichtbar. 1981 sendete Radio Bremen eine Reportage über die Zwangsarbeit beim Bunkerbau und 1983 wurde in Anwesenheit ehemaliger französischer KZ-Häftlinge ein Denkmal direkt vor dem Bundeswehrstacheldraht am Bunker errichtet. Seitdem wurde es um den Bunker nicht mehr ruhig, da die vor Ort entstandenen Initiativen kontinuierlich die Öffentlichkeit informierten und sich ein Austausch mit ehemaligen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen entwickelte. Schließlich setzte auch bei der Bundeswehr Umdenken ein: Während Initiativvertreter in den 80er-Jahren noch vom Militärischen Abschirmdienst fotografiert wurden, konnten in den 90er-Jahren dieselben Leute Gruppen ehemaliger Zwangsarbeiter durch den Bunker begleiten. So wurden auch Lesungen ehemaliger Häftlinge im nicht renovierten Teil des Bunkers möglich. Dies brachte das Bremer Theater auf die Idee, den Raum zu nutzen und seit 1999 wird im Bunker nun bereits im 6. Jahr das Antikriegsstück „Die letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus aufgeführt. Zurzeit denkt die Bundeswehr über die Aufgabe des Stützpunktes nach, was die Diskussion über die Nutzung des Bunkers, vielleicht auch als Erinnerungsort, wieder in den Blick nimmt. Zudem ist das Gelände, auf dem einst die Lager für Zwangsarbeiter untergebracht waren, heute durch eine lokale Bürgerinitiative durch Stelen und historische Zusammenhänge herstellende Tafeln erschlossen worden. 2010 wird die Bundeswehr den Bunker als Standort eines Depots aufgeben. Das Land Bremen hat sich inzwischen bereit erklärt, einen finanziellen Beitrag zur Entwicklung einer Gedenkstätte beim Bunker zur Verfügung zu stellen. Von der Bundeswehr ist bisher hingegen keine positive Stellungnahme für eine Gedenkstätte ergangen. Stattdessen wird der Bunker im Internet zum Verkauf angeboten, bis jetzt jedoch, wegen der hohen Instandhaltungskosten

ohne Erfolg.³⁷ Es bleibt also abzuwarten, wie der weitere Umgang mit dem Bunker von Seiten des Bundes aussehen wird.

Der U-Boot-Bunker „Valentin“ und seine Geschichte sind jedoch bereits heute durch die vielfältigen Initiativen in das Bewusstsein der Stadt gerückt und inzwischen haben viele Tausende Bremer das Gebäude mit eigenen Augen gesehen und werden es, ob seiner gewaltigen Größe und der Aura, die die darin stattgefundenen Gewalttätigkeit leiblich spürbar macht, kaum wieder vergessen. Doch vor Ort malen die Mühlen der Zeit langsamer. Aus dem Ort kommen nach wie vor nur wenige Menschen hinzu, wenn die ehemaligen Häftlinge einmal im Jahr zum Bunker anreisen. Als im letzten Jahr Studenten der Universität sich im Ort verfuhrten und – bereits im Schatten des riesigen Gebäudes – nach dem Weg zum U-Boot-Bunker fragten, erhielten sie von den ersten vier Befragten die Antwort, dass es keinen Bunker gebe. Der Fünfte fragte, ob sie das Materialdepot meinten und zeigte ihnen dann den Weg.

Außenlager und Industrie

Während staatliche Stellen sich zwar im Umgang mit KZ-Außenlagern schwer taten und die Durchsetzung von Mahnmalen und Gedenkstätten häufig stark umkämpft war, so hat doch seit den achtziger Jahren eine positive Veränderung und in der Tendenz ein Bekenntnis zur Erinnerungskultur stattgefunden. Bei den staatlichen und vor allem den privaten Unternehmen, auf deren Betreiben KZ-Häftlinge in Außenlagern zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden, fand ein solcher Wechsel zumindest bis zur Jahrtausendwende nicht statt. In keinem einzigen Fall ergriff bisher eine Unternehmensführung die Initiative, an die eigene Beteiligung an einem Außenlager des KZ Neuengamme zu erinnern. Initiativen zur Anbringung einer Erinnerungstafel auf dem Werksgelände waren vor allem dann erfolgreich, wenn von Seiten des Betriebsrates insistiert wurde. Eine erste Tafel auf dem Gelände eines Unternehmens, das an einem Neuengammer Außenlager beteiligt war, entstand 1984 bei der Klöckner-Hütte (heute: ArcelorMittal Bremen GmbH) in Bremen durch Aktivitäten einer betriebsratsnahen Kollegen-Gruppe.³⁸ 1988 rief die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur zur Unterstützung der Arbeit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme auf deren Zukunft zu dem Zeitpunkt ungesichert war. In diesem Rahmen wurden auch viele Firmen angeschrieben, die Außenlager des KZ Neuengamme unterhalten oder Häftlinge zur Zwangsarbeit

37 Vgl. Weser-Kurier vom 25. 2. 2008.

38 Vgl. Kollegengruppe der Klöckner Werke AG (Hrsg.), Riespott, KZ an der Norddeutschen Hütte. Berichte, Dokumente und Erinnerungen an Zwangsarbeit 1935–45, Bremen 1984.

eingesetzt hatten.³⁹ Die Antworten waren zumeist höflich formulierte Absagen, die aus finanziellen Gründen eine Förderung ablehnten. So schrieb etwa die Firma Blohm & Voss, auf deren Gelände bis heute kein Hinweis auf das KZ-Außenlager zu finden ist: „Sie werden verstehen, dass wir unter diesen Umständen an alle Bitten zu finanzieller Unterstützung für Dritte einen besonders kritischen Maßstab anlegen müssen. Wir werden unsere bisherige Förderung des Museumshafens Övelgönne fortsetzen, können aber neue Verpflichtungen nicht eingehen.“⁴⁰ Die Continental AG lehnte eine Beteiligung aus verwaltungstechnischen Gründen ab: „Aus den betreffenden Kapiteln geht hervor, dass die von ihnen angesprochenen Häftlinge [...] im Jahre 1944 direkt aus den Lagern Auschwitz bzw. Ravensbrück gekommen sein sollen. Der Bezug zum Lager Neuengamme kann also allenfalls verwaltungstechnischer Art gewesen sein. Aus diesem Grunde halte ich daher eine Beteiligung unseres Unternehmens an einer Gedenkstätte am Standort Hamburg-Neuengamme für wenig sinnvoll.“⁴¹

Anderere Firmen erklärten, dass sie die betreffenden Firmen erst nach 1945 übernommen hätten, ohne zu erwähnen, wer aus ihrer Sicht nun die Verantwortung für die damalige Firma habe. Die VARTA AG erklärte sich zur Unterstützung des Anliegens mit 5000 DM bereit.⁴² Zur gleichen Zeit verweigerte sie sich jedoch der Aufstellung eines Denkmals für die Häftlinge des Außenlagers auf dem Firmengelände. Das Denkmal wurde schließlich im Mai 1989 auf einem öffentlichen Gelände in der Nähe errichtet. Die Tageszeitung (taz) fasste das Ergebnis der Bemühungen der Stiftung schließlich treffend zusammen unter dem Titel: „Von der Gnade der späten Akquisition: KZ-Gedenkstätte Neuengamme: Jan Philipp Reemtsma ernennt Hahn bei früheren KZ-Nutznießern.“⁴³ Auch nach der Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ war für viele Firmen die konkrete Erinnerung an die KZ-Außenlager wenig erwünscht. Im Fall des Außenlagers Hannover-Stöcken brachte erst der Fernsehfilm „Das Schweigen der Quandts“ im Herbst 2007 die Familie Quandt dazu, sich ihrer Mitverantwortung für die im Film benannten Verbrechen im Außenlager bewusst zu werden.

39 Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hrsg.), Industrie, Behörden und Konzentrationslager 1938–1945. Reaktionen 1988/1989, Hamburg 1989.

40 Schreiben des Vorstandes der Blohm & Voss AG vom 21. 11. 1988, ebenda.

41 Brief von Dr. Dieter von Herz, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Continental AG vom 23. 1. 1989, ebenda.

42 Brief des Vorstands der VARTA AG vom 31. 10. 1988, ebenda.

43 Die Tageszeitung (taz) vom 13. 12. 1988.

Schlussbemerkungen

Die KZ-Außenlager bildeten einen wesentlichen Bestandteil des KZ-Systems und liefern für das Verständnis des NS-Gewaltssystems einen wichtigen Beitrag. Sie zeigen, dass das NS-System nicht nur an wenigen zentralen Orten Gewalt ausübte, sondern dass sich ein ganzes Netz von Unterdrückungs- und Ausbeutungsorten über Deutschland ausgebreitet hatte. Dieses wurde nicht ausschließlich von der SS betrieben, sondern es existierte eine rege Kooperation mit Unternehmen, Kommunalverwaltungen und der Wehrmacht. Zudem wurden die KZ-Häftlinge für die Bevölkerung in den kaum von der Öffentlichkeit abgeschirmten Außenlagern noch deutlicher sichtbar als in den Hauptlagern. Orte ehemaliger Außenlager bilden darum wichtige Ansatzpunkte für eine konkrete, darstellbare und vermittelbare lokale Geschichte des Nationalsozialismus. Darüber hinaus offenbart sich an vielen ehemaligen Außenlagerorten besonders deutlich der Umgang verschiedener Akteure mit der NS-Vergangenheit in der Zeit nach 1945. Nicht selten waren diese Orte Stellen der Auseinandersetzung und des Kampfes um die Deutungshoheit über die Vergangenheit.

Anne Kwaschik

Ravensbrück als kommunistischer Erinnerungsort Hedda Zimmers „Ravensbrücker Ballade“

Mit der Uraufführung der „Ravensbrücker Ballade“ von Hedda Zimmer am 6. Oktober 1961 an der Berliner Volksbühne hätte auch das zentrale Frauenkonzentrationslager Ravensbrück seinen Platz in der Gedächtniskultur der DDR erhalten können. Dem Stück wurde „aufwühlende Authentizität“¹ bescheinigt, die Autorin berief sich auf „legitimen Antifaschismus“² als Intention des Stücks. Sowohl der Termin der Uraufführung als auch die Reputation der Dramatikerin, die als Nationalpreisträgerin eine anerkannte Persönlichkeit des DDR-Kulturlebens war, deuten diese Möglichkeit an. Anders aber als der drei Jahre zuvor erschienene Buchenwaldroman *Nackt unter Wölfen* von Bruno Apitz, der zum zentralen Lagertext der DDR avancierte, wurde der Ravensbrücker Lagertext nicht kanonisiert. Während der Roman des Buchenwald-Häftlings geschichtsstiftende Wirkung entfaltete und in der charakteristischen Verbindung von Lagererinnerung und Antifaschismuskampf als Gründungsurkunde der DDR fungierte,³ wurde die „Ravensbrücker Ballade“ schon bald nicht mehr aufgeführt und nur selten kommentiert.⁴

Mit der Inszenierung einer kommunistischen Heldin und der an Apitz' Versteckmotiv orientierten Fabel bietet die Gestaltung des Lagerlebens wenig Außergewöhnliches. Dennoch provozierte das Drama und ermöglicht

- 1 Wolfgang Gersch, „Ravensbrücker Ballade“: Hedda Zimmers neues Schauspiel an der Berliner Volksbühne, in: Tribüne B, 10. 1961, zit. nach: Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Hedda-Zimmer-Archiv (künftig: SAdK, HZA) 62.
- 2 Hedda Zimmer, Legitimer und legitimatorischer Antifaschismus. Zur Aufführungsgeschichte der Ravensbrücker Ballade, in: Klaus Jarmatz (Hrsg.), Ravensbrücker Ballade oder Faschismusbewältigung in der DDR, Berlin 1992, S. 202 f.
- 3 Thomas Taterka, Buchenwald liegt in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundzüge des Lagerdiskurses in der DDR, in: Birgit Dahlke/Martina Lagermann/Thomas Taterka, Literaturgesellschaft DDR. Kanonkämpfe und ihre Geschichte(n), Stuttgart/Weimar 2000, S. 312–365, hier: S. 317.
- 4 Vgl. Simone Barck, Antifa-Geschichte(n). Eine literarische Spurensuche in der DDR der 1950er und 1960er Jahre, Köln u. a. 2003, S. 102 ff.